

Aktuelle Aspekte der schweizerischen Gesamtverteidigung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **41 (1994)**

Heft 6

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-368468>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

weise, wie man den Lesestoff im Fach- und Sachbereich in der halben Zeit durcharbeitet und doch das Wichtigste in Erinnerung behält, wie man die «Blickspannweite» vergrössert und selektiv liest.

Gruppendynamik. In französischer Sprache zeigten der Politwissenschaftler und Managementausbildner David Biass sowie der Chef des Zivilschutzamtes der Stadt Genf, Jean-Charles Dédo, anhand verschiedener ausgezeichnete Beispiele Lösungsmöglichkeiten für unterschiedliche alltägliche Situationen auf: Koordination, Weitergabe von Informationen, Problemlösungen, Erarbeiten guter Konzepte und Szenarien.

Verdiente Blumen

Mit viel Lob wurde am Schluss des Seminars Hansueli Locher, Ortschef der Stadt Winterthur, bedacht, der letztmals einen Weiterbildungskurs durchgeführt hatte.



Hansueli Locher, Obmann der Gruppe Ausbildung des SZSFVS, führte mit Bravour durch das letzte von ihm betreute Seminar.

Urs Homberger, Zürich, verdankte Lochers grosse Arbeit, die er während vieler Jahre für das Kurswesen geleistet hatte. Perfektion in der Vorbereitung, Organisation und Durchführung seien Lochers besondere Stärken. Locher indessen gab die «Blumen» weiter an die vorbereitende Arbeitsgruppe, die ein immenses Pensum und hervorragende Arbeit geleistet habe.

Aktuelle Themen

Nebst den eigentlichen Schulungsbereichen wurden verschiedene Themen behandelt, mit denen die grossen Zusammenhänge im Sicherheitsdenken unseres Landes aufgezeigt wurden: «Zivilschutz» hat drei davon herausgegriffen:

Hansheiri Dahinden, Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV), Bern

Aktuelle Aspekte der schweizerischen Gesamtverteidigung

JM. Hansheiri Dahinden, seit sieben Jahren SGV-Direktor, erläuterte in einer Tour d'horizon drei der wichtigsten, auch für den Zivilschutz bedeutungsvollen Projekte und Aufgaben seines Amtes, das als Koordinationsorgan der an der Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung unseres Landes beteiligten Gremien eine wichtige Scharnier- und teilweise sogar Schlichtungsfunktion wahrzunehmen hat.

Eine der Aufgaben, mit der sich die ZGV zu befassen hat, ist die Ende 1992 von der SPS eingereichte Halbierungsinitiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» (siehe Kasten). Die Volksabstimmung dürfte 1995 erfolgen.

Zu dieser Initiative meinte Hansheiri Dahinden in Brunnen: «Obwohl das Schweizervolk bei den Abstimmungen zum Rüstungsreferendum (1987) sowie zur Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» (1989), zur «Waffenplatzinitiative» (1993) und zur Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» (1993) unmissverständlich dokumentiert hat, dass es weiterhin eine starke Landesverteidigung befürwortet, geben die Gegner nicht Ruhe. Nachdem infolge der schlechten Finanzlage die Gesamtverteidigung, insbesondere Armee und Zivilschutz, schon heute bedeutende finanzielle Einbussen in Kauf nehmen muss, würde eine Annahme dieser Initiative zweifellos katastrophale Folgen haben.

Doch ist es nicht meine Absicht, hier zu den Folgen der Initiative Stellung zu nehmen. Ich möchte lediglich auf zwei Probleme hinweisen, die sich bei der Botschaftserarbeitung gezeigt haben: Wie Sie vielleicht wissen, gibt es Rechtsgutachten, die die Initiative als ungültig bezeichnen. Denn sie verlangt nicht nur die schrittweise Halbierung der Ausgaben für die Landesverteidigung und die Verwendung des freiwerdenden Geldes für sogenannte internationale Friedenspolitik, sondern zu einem Teil auch für «soziale Belange». Darin erblicken Experten eine eindeutige Verletzung der Einheit der Materie.

Bei der Erarbeitung der Botschaft ergaben sich ferner grundsätzliche Fragen zum Inhalt der Initiative. Während der Titel von «weniger Militärausgaben» spricht, wird

im Text von einer Kürzung der Kredite für die «Landesverteidigung» gesprochen, ein rechtlich nicht streng gefasster Begriff. Die Initianten selbst sagen in einem Begleitbericht dazu: «In der Landesverteidigung eingeschlossen sind nicht nur die Militärausgaben, sondern auch die Ausgaben für den Zivilschutz, die wirtschaftliche Landesversorgung und die sogenannte psychologische Landesverteidigung.» Sie beziehen sich auf den Voranschlag der Eidgenossenschaft, wo im Statistikteil in der Tat die vier genannten Gebiete unter dem Stichwort «Landesverteidigung» zusammengefasst sind. Bei der psychologischen Landesverteidigung handelt es sich übrigens um Ausgaben für die Abteilung Presse und Funkpruch (APF), also das Medieninstrument des Bundesrates in ausserordentlichen Lagen. Ein von einem Staatsrechtler eingeholtes Gutachten kommt zum Schluss, dass diese Auslegung des Begriffes «Landesverteidigung» mindestens nicht unplausibel wäre.»



ZGV-Direktor Hansheiri Dahinden: «Für viele ist unser Amt (noch) ein unbekanntes Wesen.»

Dieser Argumentation, so Dahinden, könne das Bundesamt für Justiz nicht folgen. Der Zivilschutz sei verfassungsmässig eigenständig und habe heute zwei gleichwertige Komponenten, nämlich jene der Landesverteidigung und jene des Katastrophenschutzes. Der Zivilschutz könnte also höchstens teilweise unter die Initiative fallen. Auch diesbezüglich werde der Bundesrat einen Entscheid treffen müssen.

Der Referent glaubt, dass der Bundesrat eher der ersten Version zuneigt, wonach auch der Zivilschutz, die Landesversorgung und die Abteilung Presse und Funkpruch (APF) von der Halbierungsinitiative erfasst würden. Und damit, so Dahinden, «würden bei Annahme der Initiative auch

die Kredite für diese Bereiche grundsätzlich auf die Hälfte reduziert. Was das für den Zivilschutz bedeuten würde, wissen Sie besser als ich.»

Gegenwärtig werde wieder diskutiert, ob möglichst alle Bereiche der Gesamtverteidigung und der Sicherheit in einem sogenannten Sicherheitsdepartement oder Gesamtverteidigungsdepartement zusammenzufassen wären. Verschiedene Parlamentarier versprechen sich davon eine bessere Nutzung von Synergien und verkürzte Entscheidungswege.

Mit der bevorstehenden Regierungsreform hat dieses Projekt gemäss Hansheiri Dahinden an Aktualität gewonnen. Einem solchen «Mammutdepartement» steht der Direktor des ZGV verständlicherweise eher skeptisch gegenüber. «Man scheint im Parlament grosse, ja fast euphorische Erwartungen daran zu knüpfen, und dieser Erwartungsdruck könnte trotz allen Fragezeichen zu einer Realisierung des Vorhabens führen.»

Schliesslich orientierte Dahinden über die Arbeit der Studienkommission, welche die

Frage einer allgemeinen Dienstpflicht zu prüfen hat. Die Kommission unter der Leitung von SZSV-Vizepräsidentin Christiane Langenberger hat gemäss dem ZGV-Direktor bisher ausserordentlich intensiv und seriös gearbeitet. Im laufenden Jahr werden vor allem mögliche Modelle studiert, die auch die sachliche Machbarkeit aufzeigen sollen. «Zweifellos handelt es sich hier um eine staatspolitische Entscheidung ersten Ranges. Sie ist deshalb sehr sorgfältig zu prüfen», betonte Hansheiri Dahinden. ▣

Ernst Mühlemann, Nationalrat, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats und Berichterstatter im Europarat bezüglich der Aufnahme Russlands in die EU

Europa zwischen Frieden und Krieg

JM. Ein vereintes Europa sei leider noch in weiter Ferne, meinte FDP-Politiker und Europakenner Ernst Mühlemann zu Beginn seiner Ausführungen. Eine leidigliche Stabilität und gewisse Fortschritte bei der Verwirklichung einer umfassenden Europäischen Union hätten die westlichen Staaten Europas ja erreicht, seinen wichtigsten politischen Leistungsausweis jedoch – die Befriedung Ex-Jugoslawiens – habe der Westen bisher nicht erbracht: In den Oststaaten unseres Kontinents sehe die Lage heute ganz allgemein problematisch und konfliktträchtig aus.

Im heutigen Russland habe Präsident Gorbatschow seinerzeit auch für den einzelnen Bürger Erstaunliches wie Glasnost und Perestroika zustande gebracht. Unter Nachfolger Jelzin, dem Zauderer mit seiner Hüst-und-Hott-Politik, gingen die meisten Errungenschaften für den kleinen Mann wieder verloren. Was sich gegenwärtig in Russland zeige, sei ein riesiges kommunistisches Trümmerfeld. Nicht von ungefähr gewinne der ultrarechte Politiker Schirinowski mehr und mehr Anhänger. Heute bereits sagten viele unzufriedene Bürger in Russland: «Wir brauchen wieder einen starken Mann; solange wir einen solchen hatten, ging's uns gut.»

Der Westen – so Mühlemann – müsse sich davor hüten, Schirinowski und seine Anhänger als Angeber und Grossmäuler ab-

zutun. Von ihnen könnte für die ganze westliche Welt eine grosse Gefahr ausgehen.

Der Referent orientierte hierauf kurz über seine kürzlichen Reisen ins frühere Jugoslawien. Der «Duce von Sarajewo», so Ernst Mühlemann über Serbenführer Milosevic, werde sich mit Worten allein nie von seinen Angriffsgelüsten abbringen lassen; ihn und seine Generalität könnten nur energische und konzentrierte Aktionen des Westens beeindrucken. Der Schlüssel zum Frieden liege in Belgrad, und die Wende könne erst mit dem Abgang Milosevics von der politischen Bühne kommen. «Zumindest bis dahin schwankt Europa zwischen Frieden und Krieg», meinte Nationalrat Mühlemann am Schluss seiner interessanten Ausführungen. ▣

Halbierungsinitiative

JM. Die am 24. Dezember 1992 von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eingereichte Initiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» (Halbierungsinitiative) hat folgenden Wortlaut:

«Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Übergangsbestimmungen Art. 20 (neu)

1. Der Bund kürzt die Kredite für die Landesverteidigung jährlich um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung auf mindestens die Hälfte der Rechnung des Jahres vor der ersten Kürzung reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

2. Mindestens je ein Drittel der dadurch eingesparten Beträge wird eingesetzt für:

a) Zusätzliche internationale Friedenspolitik (Schutz der Lebensgrundlagen, Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktverhütung) und

b) zusätzliche soziale Sicherheit im Inland.

3. Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zivile Güter und Dienstleistungen. Er ergreift Massnahmen insbesondere zugunsten

a) der vom Abrüstungsprozess betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

b) der vom Abrüstungsprozess betroffenen Regionen.

4. Der Bund fördert und unterstützt schweizerische, europäische und weltweite Institutionen und Bemühungen für Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit.» ▣



«Europa schwankt zwischen Frieden und Krieg»: Nationalrat Mühlemann zur heutigen Situation auf dem Alten Kontinent.

FOTO: H.J. MÜNGER